

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Neumann  
Herausgeber: Carl Neumann  
Schiffstraße 10, Postfach 10011  
Dresden-N. 1, Marienstraße 88/89

Bezugspreis vom 1. d. M. 1928: Bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 M.  
Wochensubskription für Dresden 3.40 M., ohne Postzusatzgebühren. Einjahrespreis 10 M.  
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger 36 mm breite Zeile  
25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote 0,50 bis 1,00 M., außer-  
halb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Effektengebühr 50 Pfg.  
Kunstzeitliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neumann, Neudamm,  
Dresden, Postfach 10011  
Nachdruck aus ritz. Verboten  
Dresdn. Red. u. Verlagsamt  
Schiffstraße 10, Postfach 10011  
Dresden-N. 1, Marienstraße 88/89

Trinkt **BUSSARD-SEKT** Qualitätsmarken, hergestellt aus edlen Weinen

## Verfolgung der Kulmbacher Räuber 120 Polizisten auf der Suche - Ein Beamter im Feuergefecht erschossen

### Einer der Verbrecher tötet sich selbst

Mürnberg, 20. Dezember. Die beiden Verbrecher, die gestern abend die Stationskasse in Kulmbach beraubt haben und im Auto geflüchtet sind, haben im Hotel Adler in Lichtenfels genächtigt. In dem Gepäck, das beide in dem Hotel zurückließen, fand man außer Wäsche und Toilettegegenständen eine große Menge für zwei verschiedene Pistolenarten. Gestern abend hatten hundert Mann von der Landespolizei aus den verschiedenen Städten Nordbayerns unter Führung des Kriminalkommissars Meyer, Nürnberg, der bereits bei der Verhaftung des Raubmörders Hein hier tätig war, eine Streife unternommen und ein großes Gebiet im Panzer Wald umstellt und planmäßig durchsucht. Heute früh um 10 Uhr entlegten in Neuenmarkt-Wiersberg dem von Lichtenfels kommenden Zuge auf der verkehrten Zugseite zwei verdächtige Personen, auf die die Personalbeschreibungen der Raubräuber trafen. Sie wurden von Bahn- und Gendarmereibeamten bemerkt und sollten festgenommen werden. Hierbei entspann sich ein Feuergefecht, bei dem der Stationskommandant Kraus aus Neuenmarkt-Wiersberg durch drei Kugelschüsse schwer verletzt wurde. Einer der Räuber erschoss sich darauf selbst, der zweite ist geflüchtet.

Zu dem Gesecht werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die beiden Verbrecher waren in Unterleinaich in den Personenzug Lichtenfels-Ost eingestiegen und hatten Fahrkarten nach Plauen gelöst. Der Stationsvorsteher in Unterleinaich erkannte jedoch die Räuber und verständigte die Gendarmereikation Neuenmarkt-Wiersberg. Die Beamten bestiegen bei Eintreffen des Zuges den Wagen, in welchem die Verbrecher saßen. Diese eröffneten sofort das Feuer und schossen dabei den Gendarmereikommandanten Kraus nieder, der an den Wunden gestorben ist. Der eine der Verbrecher flüchtete dann in Richtung Kupferberg, der andere

rannte über die Gleise in einen nahen Garten, wo er sich erschoss, als er keinen Ausweg mehr sah. Man fand bei ihm einen Scheck auf 4300 M. und Bargeld. Die Ausweisepapiere, die er bei sich trug, lauteten auf Joseph Braun, Brauer aus Engalkofen (Neuenmarkt). Die Untersuchung der beraubten Güterkasse in Kulmbach hat ergeben, daß insgesamt 10 185 M. erbeutet wurden.

Der geflüchtete Verbrecher wird in der Gegend Kupferberg-Bad Steinach vermutet. Die in Stärke von 100 Mann bei Lichtenfels zusammengezogene Landespolizei wurde nach Neuenmarkt beordert. Inzwischen haben 20 Landespolizisten bereits die Verfolgung des flüchtigen aufgenommen. Sein Gefährte, der im Sterben liegt, war erst kürzlich nach Verbüßung einer langjährigen Zuchthausstrafe aus dem Zuchthaus Straubing entlassen worden.

### Andauernde Geldschrankeinbrüche in Thüringen

#### Eine gut organisierte Bande sucht Zeitungsverlage und Behörden heim

Weimar, 20. Dez. Seit Wochen wird Thüringen durch eine Reihe aufsehenerregender Geldschrankeinbrüche heimgesucht. Eine gut organisierte Einbrecherbande hat zunächst verschiedene Zeitungsverlage, u. a. in Weimar und Gotha, heimgesucht und scheint nunmehr bei den Behörden ihren Raubzug fortsetzen zu wollen. Nachdem erst vor einigen Tagen in Weimaringen beim dortigen Katasteramt ein Einbruch verübt wurde, gelang es den unbekannteren Tätern in der Nacht zum 20. Dezember den Geldschrank des Kreisamtes Weimar zu durchbrechen und daraus Vorhubschlüssel in noch unbekannter Höhe zu entnehmen. Alle Einbrüche tragen das Kennzeichen großer Ueberlegung. Beispielsweise wurde in Weimar vorher die zur Kassenabwohnung führende Alarmvorrichtung durchschnitten.

### Dr. Simons als Opfer der jüngsten Krise

Der Gefühl für das politische Wetter hatte, mußte merken, daß die Krise, die von der Reichsregierung durch die überhastete Neubesetzung der freigewordenen Stellen im Verwaltungsrat der Reichsbahn heraufbeschworen worden war, mit dem Appell des Reichsgerichtspräsidenten an den Reichspräsidenten Hindenburg nicht zum Abschluß gekommen war, sondern daß noch etwas in der Luft lag. Dieses etwas hat nun greifbare Gestalt angenommen: Dr. Simons, der Präsident des obersten deutschen Gerichtshofes und zugleich Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Das ist ein Ausgang des Konflikts, der nicht nur allgemeines Bedauern wegen der großen Beliebtheit des Reichsgerichtspräsidenten hervorruft, sondern auch schwere Unbehagen über die herrschenden politischen Zustände auslöst. Dr. Simons, der politisch auf dem rechten demokratischen Flügel steht, hat sich durch seine sympathische Persönlichkeit sowie durch die wahrhaft vorbildliche Objektivität seiner Rechtsprechung hohe Achtung und Wertschätzung in allen bürgerlichen Kreisen ohne Unterschied der Partei erworben. Nur von sozialistischer Seite sind wiederholt Angriffe gegen ihn gerichtet worden, weil er es mit völliger Unabhängigkeit ablehnte, auch nur den leisesten Schein einer parteipolitischen Zugänglichkeit in seiner amtlichen Tätigkeit zu erwecken. Und eine so hervorragende richterliche Kraft soll nun dem deutschen Volke infolge des Verwaltungsratsstreites verloren gehen!

Angesichts dieser bedauerlichen Wendung ist es nötig, noch einmal die Gründe, die für die Haltung des Reichsgerichtspräsidenten bestimmend gewesen sind, scharf herauszumerken. Die Reichsregierung hatte selbst gegen Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden Festsetzungsflage beim Staatsgerichtshof dahin erhoben, daß den genannten Ländern ein Anspruch auf besondere Sitze im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht zustehe. Aus diesem Vorgehen mußte der normale Untertanenverstand schließen, daß die Klägerin gewillt sei, die Entscheidung der angerufenen gerichtlichen Autorität abzuwarten und sich ihr zu beugen. Statt dessen geschah das gänzlich Unerwartete, daß man von Berlin aus kurzerhand telephonisch dem Reichsgerichtspräsidenten mitteilte, der Gerichtshof brauche sich nicht weiter zu bemühen, da die umkritelten Stellen bereits nach eigenem Gutdünken der Regierung besetzt seien. Dieses Verfahren schloß für Dr. Simons eine doppelte schwere Kränkung ein, einmal wegen der darin zum Ausdruck kommenden Nichtachtung des Gerichtshofes, und zum anderen wegen der Form der Eröffnung. Wenn sich Dr. Simons unter dem unmittelbaren Eindruck dieser ihm und dem Gerichtshof zuteilgewordenen Behandlung zu dem Appell an Hindenburg entschloß, so kann man sich vorstellen, wie niederschmetternd das Vorgehen der Reichsregierung gewirkt haben muß. Es ist billig und bedeutet nur den Versuch, den grundsätzlichen Standpunkt zu verschieben, wenn die linksradikale Presse an dem Notruf des Reichsgerichtspräsidenten an Hindenburg herummäkelte. Demgegenüber stellt sich die Landespresse vorteilhaft auf die Seite von Dr. Simons und erklärt, teilweise mit großer Schärfe im Ausdruck, der Beschluß des Staatsgerichtshofes, sich an den Reichspräsidenten zu wenden, sei sehr zu begrüßen; denn es gehe doch nicht an, daß sich das Reich über den Staatsgerichtshof als höchste Instanz in Streitigkeiten mit den Ländern einfach hinwegsetze und gerichtliche Entscheidungen, die bereits eingeleitet wurden, durch vorgefaßte Beschlüsse unmöglich mache.

Ob es nach dem Vorgefallenen möglich sein wird, Dr. Simons seinem hohen Amte noch länger zu erhalten, muß fraglich erscheinen; jedenfalls würde dazu eine eklatante Meinungsnahme erforderlich sein. Dann bleibt nur zu wünschen, daß sein Nachfolger aus demselben Folge geschäft sein möge; denn an solcher Stelle darf nur ein Mann stehen, der vom Scheitel bis zur Sohle unabhängig gegen jedwede politische Beeinflussung ist und der seinen Nerven vor keinem Nachspruch beugt, sondern ein starker Hüter von Gesetz und Recht ist. Ein bitterer Niederschlag für das öffentliche Empfinden wird aber in jedem Falle von der unklugen Affäre zurückbleiben. Daß auch der Sozialdemokratie bei der Sache nicht recht wohl zu Mute ist, beweist die Aeußerung des „Vorwärts“: „Eine Komplizierung des Reichsbahnkonfliktes durch den Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten wäre in jeder Hinsicht zu bedauern.“ Doch so oder so: Für den inneren Zusammenhalt der bereits mit Streitmaterial reichlich bedachten Koalition wird diese neue Krise eine außerordentlich schwere weitere Belastung bedeuten.

## Polen macht die deutsche Presse mundtot Beschlagnahme aller Zeitungen, die den Volksbund-Brief veröffentlichen

Berlin, 20. Dez. Auf Anordnung der ostpreussischen Polizeibehörden sind sämtliche in Ostpreußen und Königsberg erscheinenden deutschen Blätter beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme erfolgte wegen der Veröffentlichung des Offenen Briefes des Deutschen Volksbundes an Jaseki, in dem die Vertreter des polnischen Außenministers richtiggestellt und die von ihm gegen den Deutschen Volksbund in Lugaan vorgebrachten Vorwürfe zurückgewiesen werden. Die Polizei hat auch Befehl erhalten, auf polnischem Boden alle reichsdeutschen Blätter zu beschlagnahmen, die Berichte über den Offenen Brief oder Auszüge aus demselben veröffentlichen. Der Polizeibefehl Dr. Grajsinski soll in den nächsten Tagen der Warschauer Regierung einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Volksbundes erstatten, vor allem über die Zahlungen von Gehaltszuschüssen durch den Deutschen Volksbund an die an den Winderziehenschulen beschäftigten deutschen Lehrer.

Danzig, 20. Dez. In der letzten Woche mußte für etwa zwei Tage das Munitionsboden auf der Westplatte, das be-

kanntlich für den Handelsverkehr freigegeben wurde, geräumt werden, weil ein Dampfer mit 300 Tonnen Kriegsmaterial für Polen eingetroffen war. Obwohl in Gdingen ein Hafenbecken für militärische Zwecke zur Verfügung steht, wurde dem Danziger Hafen die Strömung des Verkehrs nicht eripart. Man kann in dieser Maßnahme auf keinen Fall eine Förderung des Danziger Verkehrs erblicken.

### Wiederaufnahme des Funkverkehrs mit Kabul

Moskau, 20. Dezember. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet: Nach einer spät nachts aus Tashkent eingelaufenen Meldung ist es der Tashkenter Funkstation gelungen nach zweitägiger Unterbrechung die unmittelbare Verbindung mit der Regierungsinstitution wieder herzustellen. Auf Grund der ersten noch unvollständigen Meldungen kann ebenfalls festgestellt werden, daß die Gerüchte von einer Eroberung Kabuls durch die Russen nicht entsprechen.

### Schwere Gasexplosion in London

London, 20. Dezember. Am Donnerstag vormittag ereignete sich im Zentrum Londons eine furchtbare Gasexplosion. Die Detonation war so stark, daß im Umkreis von drei Kilometern alle Gebäude erschütterte wurden. Ein Automobil wurde in die Luft geschleudert. Der Fahrer soll tot sein. Wieviel Personen bei der Katastrophe umgekommen sind, ist noch nicht bekannt.

### Schon wieder ein großer Fabribrand in Berlin

Berlin, 20. Dezember. Heute um 5 Uhr morgens, kaum zwei Tage nach der furchtbaren Brandkatastrophe in der Schönleinstraße, hat Berlin bereits wieder einen Fabribrand erlebt, der hinsichtlich der äußeren örtlichen Verhältnisse fast an die Brandkatastrophe in der Schönleinstraße erinnert, aber hinsichtlich der frühen Stunde erfreulicherweise keine Opfer an Menschenleben und keine Schwerwunden gefordert hat. Es brannte auf einem Grundstück in der Straßauer Straße im Osten Berlins ein Fabrikgebäude im zweiten Hof eines Gebäudekomplexes. Auch hier sind vier Betriebe, nämlich eine Sieb-, eine Lüten-, eine Mägen- und eine Schildfabrik in einem einzigen Gebäude untergebracht, dessen drei obere Stockwerke in Flammen ausliefen. Der Sachschaden ist beträchtlich. Die Feuerwehr, die angesichts der vorliegenden bitteren Erfahrungen sofort mit dem beträchtlichen Aufgebot von acht Zügen erschienen war, konnte mit einem großen Aufwand an Schlauchleitungen innerhalb zwei Stunden das Feuer niederzupfen. Ein Mann, der von dem Feuer im Schlaf überrascht worden war, und dem der Weg ins Freie durch die starke Rauchentwicklung verlegt worden war, konnte über eine Hafenleiter gerettet werden. (ZTB.)

### Aus Angst vor der Schule in die Fremdenlegion

Berlin, 20. Dez. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Saarbrücken war vor einiger Zeit ein 18jähriger Schüler des Dillinger Realgymnasiums spurlos verschwunden. Die Eltern des verschwundenen Schülers haben inzwischen Nachricht von ihm erhalten, daß er „aus Verzweiflung über die körperlichen und seelischen Qualen, die er auf dem Dillinger Gymnasium“ habe erleiden müssen, in die Fremdenlegion gegangen sei. Dieser Vorgang deutet darauf hin, daß entgegen den französischen Behauptungen, im Saargebiet doch noch Verbesslungen für die französische Fremdenlegion bestehen.

### Hindenburg fällt eine Entscheidung

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 20. Dez. Wie amtlich verlautet, wird Reichspräsident v. Hindenburg in dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichsgerichtspräsidenten Simons eine Entscheidung fällen, die dem Reichsgerichtspräsidenten dann zugestimmt und hierauf veröffentlicht werden wird. Ferner wird darauf hingewiesen, daß ein Rücktrittsgesuch des